

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

11.09.2015

Flüchtlingshilfe: Kommunen entlasten

Derzeit befinden sich weltweit rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Viele Flüchtlinge zieht es nach Deutschland. Aus Syrien, wo die Terrormiliz IS wütet, sind mehr als 11 Millionen Menschen geflohen. Diese Menschen können sich in ihrer Not auf die Solidarität der Menschen in Deutschland verlassen. Die Hilfsbereitschaft unserer Bürger ist beeindruckend und zugleich Ausdruck unserer inneren Stärke. Wir danken den vielen Ehrenamtlichen genauso, wie den hauptamtlichen Bediensteten bei der Polizei, den Rettungskräften, den Bediensteten bei Bund, Länder und Kommunen.

Über die Organisation erster Hilfestellung hinaus, müssen wir die Flüchtlingsfrage aber insgesamt in den Blick nehmen. Wir müssen Handelnde bleiben, um eine mittel- und langfristige Lösung zu finden. Angesichts der vielen Menschen verlangt uns dies allen eine enorme parteiübergreifende Kraftanstrengung ab. In diesem Sinne haben wir in der vergangenen Woche mit unserem Koalitionspartner ein Gesamtpaket verabredet, um die Bewältigung des Flüchtlingsstromes zu schultern. Unser Handlungskatalog folgt dabei fünf Punkten: Die Fluchtursachen bekämpfen, eine gemeinsame europäische Antwort finden, den tatsächlich Verfolgten helfen, die Nicht-Verfolgten dazu zu bringen, in ihrer Heimat zu bleiben oder dahin zurückzukehren und schließlich Kommunen und Ländern zu helfen. Um Fluchtursachen im Ausland zu bekämpfen, wollen wir das Engagement des Bundes für Krisenbewältigung und -prävention ausbauen. Dafür werden die Mittel im Haushalt des Auswärtigen Amtes um jährlich 400 Millionen Euro aufgestockt, um damit auch in die Bekämpfung der Schleuserszene auf EU-Ebene zu intensivieren.

Die ausgewogene Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Mitgliedstaaten ist eine Forderung, die ebenfalls Eingang in den Maßnahmenkatalog fand. In den EU-Mitgliedstaaten, an deren Außengrenzen der Flüchtlingsandrang besonders groß ist – wie in Italien, Ungarn oder Griechenland – sollen angemessene Aufnahme- und Registrierungseinrichtungen geschaffen

werden. Diese Staaten sollen dafür finanzielle Unterstützung erhalten.

Besonders hilfreich ist zu bewerten, dass nun auch Kosovo, Montenegro und Albanien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden sollen. Denn mit der Ausweitung der Anzahl der sicheren Herkunftsländer auf dem Balkan kann man verhindern, dass Menschen, die aus wirtschaftlicher Not fliehen, nicht das Asylverfahren nutzen, um zu uns zu kommen.

Um die Flüchtlingssituation im Inland zu bewältigen, wollen wir im Haushalt für das kommende Jahr drei Milliarden Euro zusätzlich bereitstellen. Den Ländern und Kommunen sollen weitere drei Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Wie sie genau verwendet werden, darüber soll bis zum 24. September Einvernehmen erzielt werden. Bei den Asylverfahren setzt die Koalition auf eine Beschleunigung der Bearbeitung. Dafür sollen die Stellen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BMAF) aufgestockt werden. Auch bei der Bundespolizei werden 3.000 zusätzliche Stellen für die kommenden drei Jahre geschaffen. In den Erstaufnahmeeinrichtungen hilft der Bund Ländern und Kommunen beim Ausbau winterfester Plätze für die Flüchtlinge. Künftig sollen Länder und Kommunen bei der Versorgung der Flüchtlinge also finanziell besser unterstützt werden. Wir stellen als Bund dafür den Kommunen die Mittel zur Verfügung, verlangen aber auch, dass die Asylverfahren beschleunigt werden und Antragsteller mit geringen Aussichten auf eine erfolgreiche Bewilligung, in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben bis das Verfahren entschieden ist.

In diesen Tagen geht es darum, wie wir auf die humanitäre Herausforderung einer Massenflucht nach Europa und insbesondere nach Deutschland reagieren können. Wir müssen sicherstellen, dass unser Land, seine Kommunen, öffentlichen Einrichtungen, die Hilfsbereitschaft seiner Menschen und seine Aufnahmefähigkeit nicht überfordert werden und wir mit der Union an der Spitze, aber gemeinsam mit den anderen Parteien die Flüchtlingsfrage lösen.

Chance für Deutschland

Die vielen jungen Flüchtlinge könnten dabei helfen, die Fachkräfteengpässe in Deutschland abzumildern, die wegen des demografischen Wandels drohen, berichtet das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW): Doch dafür müsse sich im Land noch einiges ändern, denn Deutschland werde alt: Im Jahr 2014 waren 66 Prozent der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren alt, also im erwerbsfähigen Alter. Nach Prognosen des Statistischen Bundesamts wird sich dieser Anteil bis 2035 auf 58 Prozent reduzieren. Die bereits bestehenden Fachkräfteengpässe, insbesondere im gewerblich technischen und Gesundheitsbereich, werden diese Entwicklung weiter verschärfen. Das ist schlecht für die deutsche Wirtschaft, denn die wird ihr Wachstumspotenzial dann nicht voll ausschöpfen können. Es wird schlicht an Personal fehlen. Die Flüchtlinge, die heute nach Deutschland kommen, könnten das ändern – denn sie sind sehr jung: Im ersten Halbjahr 2015 waren rund 80 Prozent der Asylbewerber unter 35 Jahre alt. Das heißt, dass sie dem Arbeitsmarkt auch im Jahr 2035 noch zur Verfügung stünden. Dafür muss aber die Integration der Flüchtlinge gelingen und sie müssen die hier dringend benötigten beruflichen Qualifikationen erwerben – sofern sie diese nicht bereits mitbringen. Derzeit ist nämlich kaum abzuschätzen, über welche Bildungsabschlüsse die ankommenden Asylbewerber verfügen. Aufgrund ihres sehr jungen Durchschnittsalters ist aber davon auszugehen, dass viele ihren Bildungsweg im Heimatland noch nicht abgeschlossen hatten. Entsprechend sollten sich Unternehmen verstärkt um Flüchtlinge bemühen und ihnen eine berufliche Ausbildung in Deutschland ermöglichen. Zugleich muss die Politik den Migranten den Weg auf den Arbeitsmarkt deutlich erleichtern. Die Angst, dass junge Inländer dadurch das Nachsehen haben könnten, ist völlig unbegründet: Im Ausbildungsjahr 2013/14 blieben rund 37.000 Ausbildungsplätze unbesetzt.

Abiturientenanteil in der Bevölkerung

30 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund haben Abitur, teilt das Statistische Bundesamt (DESTATIS) in einer Pressemitteilung vom 08.09.2015 mit. 2014 hatten 30,0 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund Abitur oder Fachhochschulreife. Betrachtet wurden hier Personen ab 15 Jahre. Wie Destatis anlässlich des Weltbildungstages weiter mitteilt, betrug der entsprechende Anteil bei Personen ohne Migrationshintergrund 28,5 Prozent.

Entwicklungszusammenarbeit und Beratung

2015 ist das Europäische Jahr der Entwicklung. Für zahlreiche Projekte, sei es für Vorhaben in Entwicklungsländern oder für die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in der EU, ist eine finanzielle Unterstützung aus dem EU-Budget möglich. Die EU-Beratung „bengo“ bietet Nichtregierungsorganisationen schon seit längerem Informationen über die verschiedenen Fördermöglichkeiten an. Jetzt gibt es ein entsprechendes Angebot auch für Gebietskörperschaften. Landesbehörden, Städte und Gemeinden können sich darüber informieren, welche Förderkriterien für verschiedene Finanzierungsinstrumente von EuropeAid gelten, wie Anträge vorbereitet werden und wie das anschließende Verfahren im Einzelnen abläuft. Die EU-Beratung bietet auch Informationen über Ausschreibungen von Fördermitteln an. (<http://eu-beratung.engagement-global.de/start-eu-beratung.html>)

Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge gefordert

Die Integration von Flüchtlingen ist das zentrale Thema der dreitägigen Bundeskonferenz der Wirtschaftsjunioren Deutschland, die Freitag in Dortmund beginnt. Zur Konferenzöffnung stellt die Junge Wirtschaft ein Positionspapier vor, in dem neben der Beschleunigung von Asylentscheidungen ein Wechsel zwischen Asyl- und Migrationsverfahren sowie die Abschaffung der Vorrangprüfung für Flüchtlinge gefordert wird. "Wir setzen uns für eine schnelle Integration von Flüchtlingen in unseren Arbeitsmarkt ein", betont Daniel Senf, Bundesvorsitzender der Wirtschaftsjunioren Deutschland, zur Eröffnung der Konferenz. "Damit können wir als Junge Wirtschaft den besten Beitrag zu einer Willkommenskultur in Deutschland leisten." Das Positionspapier ist unter www.wjd.de downloadbar.

Versicherungsschutz für Flüchtlingshelfer

Zum Thema Unfallversicherungsschutz für Flüchtlingshelfer ist eine [Broschüre \(PDF\)](#) erschienen und es liegen Infos der [Unfallkasse NRW](#) vor, die heruntergeladen werden können.

Zitat:

"Das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte kennt keine Obergrenze", sagt Bundeskanzlerin Angela Merkel der "Rheinischen Post". Das gelte auch für Flüchtlinge, die "aus der Hölle eines Bürgerkrieges zu uns kommen".